

Indien im Überblick

zusammengestellt von Jakob Littmann

Foxconn und Amazon investieren in Indien

Der größte Hightech-Zulieferer der Welt, das taiwanische Unternehmen Foxconn, möchte bis zu 4,5 Milliarden Euro in Indien investieren und davon unter anderem neue Fabriken in Maharashtra errichten, wodurch bis zu 50.000 Arbeitsplätze entstehen sollen. Dafür wurde von der Regierung des Bundesstaates 600 Hektar Land in der Nähe von Pune zur Verfügung gestellt. Weitere zehn bis zwölf Standorte sollen noch ausfindig gemacht und so bis 2020 insgesamt eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Bisher lässt Foxconn vor allem in China Elektrogeräte produzieren. Das Unternehmen geriet in den letzten Jahren aufgrund schlechter Bezahlung und miserabler Arbeitsbedingungen immer wieder negativ in die Schlagzeilen. Von 2006 bis 2014 unterhielt Foxconn bereits drei Fabriken in Tamil Nadu, die jedoch geschlossen wurden. Zum einen bezahlt Foxconn in Indien weniger Lohn als beispielsweise in Südchina, zum anderen könnte sich Indien laut Analysten bereits in zwei Jahren zum größten Smartphone-Markt der Welt entwickeln und die USA und China hinter sich lassen. Der US-amerikanische Weltmarktführer Amazon plant angeblich ebenfalls 4,5 Milliarden Euro in den Ausbau des boomenden Online-Handels in Indien zu investieren. Mittlerweile beträgt der Umsatz der Branche 15 Milliarden Euro pro Jahr. Mittelfristig soll der Subkontinent für Amazon nach den USA zum zweitgrößten Absatzmarkt werden. Auch die indischen Konkurrenten wie Flipkart, Snapdeal und Paytm versuchen verstärkt in großem Maße Gelder zu akquirieren und zu investieren und sich so Marktanteile der bisher immer noch defizitär arbeitenden Branche zu sichern.

Nestlé stoppt Verkauf von Maggi-Nudeln

Die indische Lebensmittelaufsicht untersagte die Herstellung und den Verkauf der in Indien äußerst beliebten Instant-Nudeln von Maggi. Offenbar wurden die Grenzwerte für Blei überschritten. Nestlé wies dies zwar zurück, sah sich aber Anfang Juni 2015 gezwungen, sie aus dem Verkehr zu ziehen. Augenscheinlich hat die indische Regierung zudem eine Klage gegen Nestlé bei dem indischen Verbrauchengericht eingereicht und fordert angeblich 90 Millionen Euro Schadensersatz. Nestlé behauptete, dass kein Gesundheitsrisiko bestünde und eigene Tests andere Ergebnisse gebracht hätten.

Regierung sperrt Websites

Viel Aufsehen erregte im Juli 2015 die Entscheidung der indischen Regierung, etliche Internetseiten zu sperren, darunter fast 900 Websites mit pornographischem Inhalt. Dies hat in der Gesellschaft zu lebhaften Diskussionen über Zensur, Bürgerrechte und Meinungsfreiheit geführt und einen Shitstorm in den sozialen Netzwerken ausgelöst. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie viel Zensur die BJP (*Bharatiya Janata Party*)-Regierung gegenüber vermeintlich modernen Entwicklungen noch versuchen wird durchzusetzen, gerade auch unter dem Gesichtspunkt, dass speziell Premierminister Modi von vielen als Erneuerer gesehen wird, als wirtschaftsfreundlicher Reformler – womit sich das Land ausländischen Einflüssen immer weiter öffnet.

Yoga-Weltrekord

Ende Juni folgten fast 36.000 Menschen dem Aufruf Narendra Modis, eine gemeinsame, synchrone Yoga-Einheit in Delhi zu praktizieren. Damit wurde ein Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde erzielt. Einen weiteren Rekord-Eintrag gab es dafür, dass Teilnehmer/-innen aus 84 Ländern dabei waren. Beide Rekorde erfreuten das indische Ministerium für AYUSH (Ayurveda, Yoga und Naturheilkunde, Unani, Siddha, Homöopathie) sowie das Umfeld der regierenden BJP, wurden aber von Bürgerrechtsgruppen und Aktivist(inn)en, die darin eine zunehmende, schleichende „Hinduisierung“ sehen, kritisiert.

Indien setzt Verhandlungen über Freihandelsabkommen aus

Anfang August setzte Indien die Verhandlungen mit der EU über das seit Jahren verhandelte Freihandelsabkommen aus, angeblich als Reaktion auf ein Verkaufsverbot indischer Medikamente. Die EU-Kommission verhängte im Juli 2015 einen Stopp für 700 Zulassungen, nachdem bekannt wurde, dass die indische Firma GVK Biosciences Untersuchungsergebnisse gefälscht hatte. Daraufhin vertagte Indien die Wiederaufnahme von Freihandelsgesprächen mit der EU. Ein Sprecher des Handelsministeriums sagte, Indien sei enttäuscht und besorgt über die EU-Maßnahmen, weil die Pharmaindustrie ein Aushängeschild des Landes sei.

Debatte um Todesstrafe

Ende Juli wurde Yakub Memon in einem Gefängnis in Maharashtra gehängt. Er wurde zum Tode verurteilt, weil er die Anschläge in Mumbai im Jahre 1993 geplant und finanziert haben soll. Landesweit gab es Proteste, Demos und Aufrufe gegen die Vollstreckung der Todesstrafe. Bei den Anschlägen 1993 starben 257 Menschen durch 13 Bomben, weitere 700 Menschen wurden verletzt. Memon reiste kurz davor nach Pakistan, beteuerte jedoch stets, unschuldig zu sein und kam 1994 freiwillig aus Pakistan nach Indien zurück, um mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten und bei der Aufklärung zu helfen. Dafür wurde ihm allerdings kein Strafnachlass gewährt. Auch sein Gnadengesuch wurde von Präsident Pranab Mukherjee abgelehnt. Bis heute sind viele Inder/-innen überzeugt, dass Yakub nicht schuldig ist, sondern die bekannten Mafiabosse Dawood Ibrahim und Tiger Memon (Bruder von Yakub), die mittlerweile in Pakistan und Dubai leben. In Indien wurden seit 2000 zwar 1600 Menschen zum Tode verurteilt, in den letzten zehn Jahren aber nur drei Menschen offiziell hingerichtet, alle in Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen. Insgesamt sitzen zurzeit etwa 400 zum Tode verurteilte Menschen in indischen Gefängnissen, aber die Strafe wird häufig in lebenslange Haft umgewandelt. Drei Viertel der Verurteilten gelten als arm und konnten sich keinen Anwalt leisten.

Debatte um britische Reparationszahlungen

Im Zuge der europäischen Diskussionen um den Umgang mit Griechenlands Schulden und damit einhergehend über Reparationszahlungen Deutschlands an Griechenland als Wiedergutmachung für Schäden und Gräueltaten während des Zweiten Weltkriegs, flammte auch in Indien eine Debatte auf, ob Großbritannien Kompensationszahlungen für die Kolonialzeit an Indien leisten sollte. Der Parlamentsabgeordnete Shashi Tharoor erntete für seinen Vorstoß, obwohl in der Opposition, sogar Lob von Premierminister Modi und das Video auf Youtube avancierte zu einem Hit.

Weitere Gängelungen gegen Greenpeace

Nachdem (wie in Heft 2/2015 berichtet) Anfang April 2015 mehrere Konten von Greenpeace India eingefroren wurden, sieht sich die Organisation weiteren Gängelungen durch die indische Regierung ausgesetzt. Anfang Juni 2015 wurde einem Mitarbeiter trotz gültigem Business-Visum und aller erforderlichen Dokumente ohne Angabe von Gründen am Flughafen in Mumbai die Einreise verweigert. Er wurde zwar nicht

offiziell des Landes verwiesen, aber sein Pass wurde einbehalten und er in ein Flugzeug nach Kuala Lumpur gesetzt, wo ihm dann sein Pass wiedergegeben wurde. Insgesamt scheinen sich die Bedingungen für die vielen NRO in Indien zu erschweren. Nachdem das Gesetz für die Annahme ausländischer Gelder (*Foreign Contribution Regulation Act*, FCRA) inzwischen vorsieht, dass die FCRA-Registrierungen alle fünf Jahre erneuert werden müssen, verweigerte die Regierung diese bereits für insgesamt knapp 9000 NRO. Viele darunter waren „Karteileichen“, aber der Verdacht der politischen Einflussnahme durch Ausschluss unliebsamer Organisationen erhärtete sich in manchen Fällen.

Ehemaliger Präsident gestorben

Ende Juli 2015 starb A. P. J. Abdul Kalam, der von 2002 bis 2007 indischer Präsident war. Er brach während einer Vorlesung, die er an der Universität in Shillong, im nordöstlichen Bundesstaat Meghalaya hielt, zusammen. Kalam gilt als Vater des indischen Raketenprogramms und trug wesentlich dazu bei, dass Indien zur Atommacht wurde.

Zinssenkungen

Die indische Zentralbank senkte Anfang Juni 2015 zum dritten Mal in diesem Jahr den Leitzins um 0,25 auf nun 7,25 Prozent und enttäuschte damit international Anleger. Zentralbankchef Rajan begründete die Zurückhaltung trotz einer weiter gesunkenen Inflation von 4,9 Prozent im April mit nicht absehbaren Inflationsrisiken, unter anderem infolge des schwankenden Monsuns und weltweit steigender Erdölpreise für das stark von Energieimporten abhängige Land.

Hexenjagd

Anfang August 2015 trieb nachts ein Mob aufgebrachter Dorfbewohner in Kinjia im Bundesstaat Jharkhand fünf Frauen aus ihren Hütten und prügelte sie wegen angeblicher Hexerei mit Stöcken und Eisenstangen zu Tode. Sie wurden für verschiedene Unglücke im Dorf verantwortlich gemacht. Nach wie vor werden immer wieder Frauen wegen angeblicher Hexerei getötet, laut statistischen Angaben allein zwischen 2000 und 2012 über 2000. In dieser Statistik werden allerdings viele Fälle gar nicht aufgenommen, weil sie anderen Delikten zugeordnet werden. Letztes Jahr gab es in Jharkhand über 50 Morde an Frauen, die der Hexerei verdächtigt wurden.